

Abo [Streit um EU-Vertragspaket](#)

Gefährden die Bilateralen III die direkte Demokratie? Nun warnen auch Linke vor einer Machtverschiebung

Der Abstimmungskampf um die Verträge mit Brüssel nimmt Fahrt auf. Laut einer Studie verlieren Parlament, Bevölkerung und Kantone bei einer Annahme an Einfluss.



Quentin Schlapbach

Publiziert: 18.06.2026, 05:51



Mit einem Ja zu den Bilateralen III erhielten laut einer Studie der Bundesrat und die Bundesverwaltung mehr Macht.



In Kürze:

- Eine Studie zeigt, dass Parlament, Kantone und Bevölkerung bei einem Ja zu den Bilateralen III Einfluss verlieren würden.
- Der Bundesrat würde durch die dynamische Rechtsübernahme mehr Macht erhalten.
- Studienautor Daniel Graf fordert flankierende Massnahmen zum Schutz der Demokratie.
- SP-Politiker Fabian Molina kritisiert die Studie.

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Nur wenige Minuten nachdem klar war, dass die Bevölkerung [die 10-Millionen-Initiative](#) ablehnen würde, schaltete [Thomas Aeschi zurück in den Angriffsmodus](#). Die SVP werde ihren Fokus nun voll auf den Kampf gegen den «EU-Unterwerfungsvertrag» legen, sagte der Fraktionspräsident der SVP.

Gemäss einer [ersten Umfrage von Tamedia](#) spricht sich derzeit eine knappe Mehrheit der Bevölkerung für die neuen Verträge mit der EU aus. Die Ausgangslage bei einer Abstimmung dürfte aber eine andere sein als noch bei der 10-Millionen-Initiative. Während die SVP ihren Bevölkerungsdeckel praktisch gegen die gesamte Parteien- und Verbandslandschaft durchdrücken wollte, darf sie bei den Bilateralen III auf externe Unterstützung hoffen. Dies etwa

von der Gruppe «Kompass Europa», der auch einzelne FDP-Vertreter angehören.

Die Frage ist insbesondere, ob sich in den kommenden Monaten eine linke Flanke auf tun wird. Der Gewerkschaftschef Pierre-Yves Maillard machte seine Haltung zum EU-Paket [diese Woche zum wiederholten Mal ↗](#) von den Zugeständnissen der Wirtschaftsverbände bei den Lohnschutzmassnahmen abhängig. Und neu äussern auch eher linksorientierte Kräfte Vorbehalte, weil sie sich Sorgen um die demokratische Teilhabe im Land machen.

Rechtsübernahme könnte Parlament und Volk laut Studie schwächen

Die vom Schweizer Campaigner Daniel Graf gegründete Stiftung für direkte Demokratie hat dazu eine Studie in Auftrag gegeben. Andreas Glaser und Martina Stirnimann vom Zentrum für direkte Demokratie in Aarau analysieren darin, wie sich die Verträge auf die Mitwirkungsrechte des Parlaments, der Kantone und der Stimmbevölkerung auswirken. Glaser hat sich [in der NZZ schon früher ↗](#) kritisch über das Vertragspaket geäussert.

Die Studie sei zwar keine Stellungnahme für oder gegen das Vertragspaket, heisst es einleitend. Dennoch kommen Glaser und Stirnimann zu einem klaren Schluss: Mit den Bilateralen III würden das Parlament, die Stimmbevölkerung und die Kantone an Einfluss verlieren. Mehr Macht erhielten hingegen der Bundesrat und die Bundesverwaltung.

Grund dafür ist die geplante «dynamische Rechtsübernahme», also die laufende Übernahme von EU-Recht in die schweizerische Gesetzgebung. Davon betroffen sind die meisten Politikbereiche,

die in den bilateralen Abkommen geregelt werden – beispielsweise die Personenfreizügigkeit, der Land- und Luftverkehr oder der Abbau technischer Handelshemmnisse. Bei einer Annahme der Bilateralen III hätte die Schweiz bei EU-Gesetzesrevisionen neu eine Mitwirkungsrolle. Der Bundesrat könnte seine Haltung in Brüssel einbringen. Obwohl er letztlich nicht mitentscheiden könnte, hätte er mehr Einflussmöglichkeiten als heute.

Das Parlament würde bei diesem Mitwirkungsprozess laut der Studie aber komplett aussen vor bleiben. Es könnte neue EU-Regeln nur noch übernehmen oder ablehnen. Vernehmlassungen und andere Mitwirkungsmöglichkeiten in wichtigen wirtschaftlichen Fragen würden damit an Bedeutung verlieren. Dadurch hätten auch die Kantone weniger Einflussmöglichkeiten.

Weiter macht die Studie auch einen Machtverlust der Bevölkerung aus. Referenden gegen neue EU-Gesetze blieben zwar weiterhin möglich. Die EU könnte aber Ausgleichsmassnahmen ergreifen, wenn die Schweiz ihr Recht nicht übernehmen will. Glaser und Stirnimann kommen in der Studie zum Schluss, dass damit die Entscheidungsfreiheit der Bevölkerung unter Druck gerät. «Die Bilateralen III werden an verschiedenen Stellen zu Beschränkungen demokratischer und föderaler Mitwirkung in der Rechtsetzung führen», heisst es.

Flankierende Massnahmen zur Stärkung der Demokratie gefordert

Die beiden Forschenden machen mehrere Vorschläge, wie dieser Bedeutungsverlust von wichtigen Schweizer Institutionen abgefedert werden könnte. Damit Parlament, Volk und Kantone trotz der dynamischen Rechtsübernahme ihren Einfluss behalten, schlagen

sie mehr Mitsprache, mehr Transparenz und eine bessere Information über die EU-Gesetzgebung vor. Konkret geht es etwa um eine spezialisierte Europakommission im Parlament oder eine neue Europamotion. Weiter schlagen sie vor, dass ein Demokratiebeauftragter beobachten könnte, wie sich die dynamische Rechtsübernahme auf die Demokratie und die politischen Rechte in der Schweiz auswirkt.

Für [Daniel Graf](#) ist klar, dass es diese «flankierenden Massnahmen» braucht, damit die Bilateralen III vor dem Volk überhaupt eine Chance haben. «Die Studie zeigt, dass die dynamische Rechtsübernahme die Machtbalance verschiebt», sagt er. Gestärkt würden der Bundesrat und die Verwaltung, geschwächt das Parlament, die Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Organisationen. «Der Bundesrat und das Parlament müssen der Bevölkerung deshalb aufzeigen, wie sie die Demokratie stärken und den möglichen Demokratieverlust ausgleichen wollen», so Graf.

Er nehme in der aktuellen Debatte aber wahr, dass vor allem die Befürwortenden der EU-Verträge aus der Wirtschaft diese demokratiepolitischen Fragen kleinzureden versuchten. «Das wird auf Dauer nicht funktionieren», sagt Graf. «Wenn politische Entscheidungen stärker mit Europa verknüpft werden, müssen auch die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten weiterentwickelt werden.»

Molina übt Kritik an Studie über Bilaterale III

SP-Aussenpolitiker Fabian Molina kann mit den Kritikpunkten der Studie nicht viel anfangen. «Wie die Schweiz ihre Interessen in Brüssel vertritt und wer dafür zuständig ist, ist letztlich eine innenpolitische Frage», sagt er. Viele der flankierenden Massnah-

men, welche die Studie vorschläge, sei man im Parlament bereits am Umsetzen. So sei zum Beispiel eine Europakommission geplant, welche die Interessen des Parlaments in Brüssel vertrete. «So gesehen, ist die Studie gar nicht mehr auf dem aktuellsten Stand», sagt Molina.

Auch würden die Bilateralen III nicht weniger, sondern mehr Mitsprache bedeuten. «Die Schweiz kann bei neuen EU-Gesetzen heute gar nicht mitreden», so Molina. Erst mit den neuen Verträgen sei dies endlich möglich.

NEWSLETTER

Der Morgen

Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt.

Weitere Newsletter

Abonnieren

Quentin Schlapbach ist Korrespondent im Bundeshaus. [Mehr Infos](#)

✕ @qscBZ

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

327 Kommentare